

1

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT
10/ 678

VdK Landesverband, P.c.

Herrn
Landtagspräsidenten
Karl Josef Denzer
Haus des Landtags
4000 Düsseldorf 1

VERBAND DER KRIEGS- UND WEHRDIENST-
OPFER, BEHINDERTEN UND SOZIALRENTNER
DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN E.V.

4000 Düsseldorf 1,
Fürstenwall 132 · Telefon: Sa.-Nr. (02 11) 37 40 70

Ihre Nachricht

Ihr Zeichen

Unser Zeichen
(In Zuschriften darauf Bezug nehmen)

Tag

III Ho/Bu

25. November 1986

Betr.: Landesmediengesetz

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

nach der Einbringung des nordrhein-westfälischen Mediengesetzes in den Landtag und der ersten Lesung am 13. November d.J. wird es nach unserer Erwartung und nach Lage der Dinge zu interfraktionellen Verhandlungen und zu weiteren Gesprächen kommen. Der VdK Nordrhein-Westfalen möchte deshalb anzeigen, daß er unter allen Umständen an der im Regierungsentwurf vorgesehenen Berücksichtigung im Medienrat festzuhalten wünscht. Auch schließen wir eine Beteiligung in der Veranstalter-Gemeinschaft noch nicht aus. Sollte es bei den parlamentarischen Verhandlungen zu inhaltlichen Änderungen der Vorlage kommen, bitten wir um Anhörung, jedenfalls aber um die vergleichbare Einbindung wie bisher.

Der VdK als größter freier Sozialverband ist auch im Sinne des geforderten Innenpluralismus durch seine vermittelnde und ausgleichende Sozial- und Gesellschaftspolitik ausgewiesen. Der Verband steht für die Ausgewogenheit der veröffentlichten Meinung ein. Aus unserer Sicht müssen interessierte und betroffene Bevölkerungsgruppen besser mit Nachrichten und Informationen aus dem Sozialbereich versorgt werden. Auch könnte durch einschlägige Beiträge zur

/2

Bankkonto: Westdeutsche Landesbank Girozentrale Düsseldorf (BLZ 300 500 00) 3 124 419, Postscheckkonto: Essen (BLZ 360 100 43) 486 60-439
Als gemeinnützige und mildtätige Organisation im Sinne des § 4 Abs. 1, Ziff. 6 des KSTG anerkannt durch Finanzamt Düsseldorf-Altstadt, A.-Z. 522/228

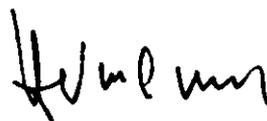
sozialpolitischen Meinungsbildung beigetragen werden. Nach VdK-Auffassung sollte der private Rundfunk helfen, die in diesen Bereichen verbliebenen Defizite abzubauen. Ältere Mitbürger, Schwerbehinderte und Kriegsoffer, Rentner und Pensionäre, Arbeitslose und Kranke haben nach unserer sicheren Erkenntnis ein großes Informationsbedürfnis, das der öffentlich-rechtliche Rundfunk offenbar allein nicht abdeckt.

Die in den Entwürfen der Landesregierung und der Opposition angestrebte innere und äußere Vielfalt von Beteiligungen wird ausdrücklich gutgeheißen.

Mit freundlichen Grüßen



Broich
stellv. Landesvorsitzender



Hermanns
LV-Geschäftsführer